

NATIONALRATSWAHLEN

EVP-Sitze klar gehalten!

Wie in den Umfragen vorausgesagt, kam es bei den Nationalratswahlen zu einem Rechtsrutsch. Im Unterschied zu den anderen Mitteparteien, welche teilweise massiv Federn lassen mussten, konnte die EVP in den grossen Deutschschweizer Kantonen Zürich, Bern und Aargau ihren Stimmenanteil leicht ausbauen.

Marianne Streiff (BE) und Maja Ingold (ZH) konnten die beiden EVP-Sitze im Nationalrat sicher verteidigen. Auf den Ersatzplätzen landeten Marc Jost (BE) und Nik Gugger (ZH). Nationalrätin und Parteipräsidentin Marianne Streiff zeigte sich sehr erfreut über ihre Wiederwahl: «Sie zeigt mir, dass die Wählerinnen und Wähler unsere lösungsorientierte, menschliche Sachpolitik auf Basis christlicher Grundwerte schätzen.»

Im Kanton Bern unterstützten 4,3% oder rund 15 100 Wählende die EVP. Gegenüber dem Ergebnis von 2011 (4,17%, 14 700 Wählende) bestätigt dies den Aufwärtstrend der Grossratswahlen 2014, wo die EVP einen Teil der Stimmen zurückgewann, die sie an die neuen Mitteparteien BDP und glp bei deren ersten Wahlauftritt verlor. Auch die



Nationalrätin Marianne Streiff mit Kantonalpräsidentin Christine Schnegg.

EVP-Wähleranteile in den Verwaltungskreisen

Verwaltungskreis	NR 2015	NR 2011
Jura bernois	4,0 %	4,3 %
Biel-Bienne	3,4 %	2,9 %
Seeland	4,0 %	3,7 %
Emmental	4,4 %	4,9 %
Oberaargau	4,3 %	4,4 %
Bern-Mittelland (inkl. Stadt Bern)	3,9 %	3,8 %
Thun	6,2 %	5,5 %
Frutigen/Niedersimmental	6,6 %	6,6 %
Obersimmental/Saanen	2,1 %	2,2 %
Interlaken/Oberhasli	3,3 %	3,0 %
Ganzer Kanton	4,3 %	4,2 %

Kandidierenden der Jungen EVP leisteten einen wertvollen Beitrag zum Gesamtergebnis und überholten mit einem Stimmenanteil von 0,7% sogar die Liste der Jungfreisinnigen. Besonders erfreulich ist, dass die EVP in fünf Verwaltungskreisen zulegen konnte. Dies stimmt zuversichtlich für die Zukunft.

Ruedi Löffel/Philippe Messerli



ERSATZWahl REGIERUNGSRAT

Ein Regierungssitz für die Mitte ist fällig!

Durch den Rücktritt der SP-Regierungsräte Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher entsteht im Berner Regierungsrat eine Doppelvakanz. Für die EVP ist klar, dass in der Ersatzwahl vom 28. Februar 2016 einer der zwei Sitze durch die politische Mitte besetzt werden soll.

Die Einbindung der Mitteparteien in die Regierung ist politisch und mathematisch richtig. Politisch deshalb, weil damit der heute bestehende politische Graben zwischen Regierung und Parlament verkleinert werden kann. Mathematisch deshalb, weil die Mitteparteien EVP, glp und CVP bei den Grossratswahlen 2014 zusammen einen Wählendenanteil von 13,9% er-

reicht und somit proportional zur Bevölkerung Anrecht auf einen Sitz haben.

Da auch der garantierte Sitz des Berner Juras neu zu besetzen ist und die EVP mit Grossrat Patrick Gsteiger über einen bestens ausgewiesenen, erfahrenen Politiker aus dem Berner Jura verfügt, ergeben sich zusätzliche personelle Optionen für eine

Kandidatur. Die Geschäftsleitung der EVP Kanton Bern lud drei bekannte und profilierte EVP-Grossräte dazu ein, sich konkret über eine Kandidatur Gedanken zu machen. Es sind dies Unternehmer Patrick Gsteiger Eschert, Grossratspräsident Marc Jost aus Thun und Fensterbauunternehmer Markus Wenger aus Spiez.

Die EVP-Ortsparteien konnten weitere Kandidaturen melden. Der definitive Nominationsentscheid wird am 19. November 2015 von den kantonalen Delegierten gefällt.

EVP BE

EVP bleibt stabil

Der Wahl-Zahltag 2015 ist Geschichte. «Schweizer entscheiden sich aus Angst für Abschottung», titelte am Tag danach die Zeitung «Die Welt». Die «neue» Mitte, von der 2011 vielfach die Rede war, hat massiv an Kraft und Ausstrahlung und nun auch zahlreiche Sitze verloren. Umso glücklicher und dankbarer bin ich, dass die EVP stabil geblieben ist und in den drei wichtigen Wahlkreisen Zürich, Aargau und Bern sogar leicht an Stimmkraft zugelegt hat.



Ich bin voller Zuversicht, dass die Gunst und auch das Vertrauen der EVP-Wählerschaft nicht nur den Köpfen, sondern auch den Händen und Herzen, dem Engagement, der Haltung, den Überzeugungen und der Glaubwürdigkeit der im Kanton Bern 50 kandidierenden jungen und älteren EVP-Kandidatinnen und -Kandidaten galt und gilt. Ihnen allen, den Kandidierenden und Wählenden, danke ich aus ganzem Herzen für jede Art und Form des Einsatzes zur Neubestellung unseres nationalen Parlaments.

Die EVP war hochaktiv im Wahljahr. Gut präsent mit ausgezeichnetem «Personal», einem neu geschärften Profil, glaubwürdigen Themen, Schwerpunkten und mit einer klaren eigenen Handschrift. Gefreut hat mich besonders auch die Wahrnehmung mancher Nicht-EVPLer, dass der uns zuweilen vorgehaltene Konservatismus nicht ein Hängen an Gestrigem ist, sondern ein Leben aus dem, was immer gilt. Was immer gilt ist unser biblisches Verständnis von Politik und Auftrag: «Suchet der Stadt Bestes... und betet für sie!» Gott selbst verleiht dazu die Kraft und seinen Segen.

*Marianne Streiff-Feller
Präsidentin EVP Schweiz*

GEMEINDEWAHLEN IM KANTON BERN

EVP-Kandidaturen auf Gemeindeebene



Sujeevan Kandasamy

Am **22. November** wird sich die EVP erstmals in **Pieterlen** an den kommunalen Wahlen beteiligen. Sujeevan Kandasamy kandidiert für einen Sitz in der Schulkommission.

Die EVP **Biglen** kämpft mit einer vollen Liste um Spitzenkandidatin Angelika Gerber für einen Sitz in der Bildungskommission.



Angelika Gerber

Am **29. November**, finden die Gemeindewahlen in Aegerten, Biglen und Utzenstorf statt.



In **Utzenstorf** engagiert sich die EVP mit Matthias Niklaus für einen Sitz im Gemeinderat. Weiter kandidieren Bernhard Schneider und Simon Gisin.

Matthias Niklaus

In **Aegerten** kandidiert mit Johannes Wenner ein engagiertes Gründungsmitglied der neuen EVP-Sektion Aegerten-Brügg für den Gemeinderat.



Johannes Wenner

Am **6. Dezember** nimmt die EVP erstmals an den Gemeinderatswahlen in **Bremgarten** teil. Als Spitzenkandidat stellt sich Zacharias Kull zur Wahl.



Zacharias Kull

Lukas Zimmermann-Oswald, Projektleiter Gemeindewahlen

GEMEINDEWAHLEN IN MURTEN

EVP will im Rat bleiben

Die EVP Kanton Freiburg (www.evppev-fr.ch) hat bei den Gemeindewahlen in Murten zwei Sitze zu verteidigen.

Mit der Reduktion von 50 auf 40 Sitze im Generalrat und dem Tod von Susanne Rüfenacht muss die EVP allerdings dafür kämpfen, weiter im Gemeindeparlament vertreten zu sein. Die EVP tritt mit vier Kandidierenden zur Wahl an: Harald Weisse (bisher), Tino Eichwald, Caroline Dolder und Eva Blunier.

Bisheriger als Trumpf

Die Chancen von Harald Weisse, wieder gewählt zu werden, sind intakt. Er war in

der vergangenen Legislatur ein gerngesehener Mann in der Jugendkommission und ist durch seine Arbeit als Arzt und als Gründer der Privatschule in Altavilla der Murtener Bevölkerung ein Begriff.

Gemeinsame Liste mit CVP

Mit der Murtener CVP wurde eine gemeinsame Liste vereinbart (Liste 2). Die CVP tritt mit Etel Keller auch zu den Gemeinderatswahlen an. Allerdings wird es auch für die CVP eng: Die Exekutivsitze werden



V.l.n.r.: Caroline Dolder, Harald Weisse, Tino Eichwald, Eva Blunier.

von sechs auf fünf reduziert. In diesen Tagen – am 8. November – wird gewählt. Wir hoffen, in der nächsten Ausgabe Erfreuliches berichten zu können!

EVP FR

Gegen willkürliche Gentests

Die EVP hat das Referendum gegen das Fortpflanzungsmedizinengesetz (FMedG) ergriffen und widersetzt sich damit willkürlichen Gentests und der Vernichtung menschlicher Embryonen.

«Mit dem Referendum wollen wir Grenzen im Gesetz verankern, die verhindern, dass die Präimplantationsdiagnostik, insbesondere das Chromosomen-Screening, willkürlich und flächendeckend zur Anwendung kommt», umreisst EVP-Parteipräsidentin und Nationalrätin Marianne Streiff-

Feller das Ziel des auch von anderen Organisationen mitgetragenen Referendums. Das Gesetz würde die Untersuchung an Embryonen vor deren Einpflanzung in die Gebärmutter, die Präimplantationsdiagnostik – samt der Untersuchung von Embryonen auf Chromosomenstörungen aller Art (Chromosomen-Screening) – für alle Paare erlauben, die eine künstliche Befruchtung in Anspruch nehmen. Damit würden grenzenlose Gentests und die Selektion menschlicher Embryonen ermöglicht. «Mit dem neuen Gesetz wäre es möglich, dass alle ausserhalb des Mutterleibs erzeugten Embryonen mit allen technisch zur

Verfügung stehenden Gentests untersucht und selektioniert werden können. Das geht uns entschieden zu weit», erklärt EVP-Nationalrätin Maja Ingold. Das Gesetz sieht auch vor, dass pro Behandlungszyklus neu zwölf statt bisher drei Embryonen entwickelt werden dürfen. Dadurch entstünden viele sogenannte «überzählige» Embryonen. Diese dürften tiefgefroren werden (Kryokonservierung). Nach maximal zehn Jahren müssten sie der Forschung «zur Verfügung gestellt» oder vernichtet werden.

Gegen Diskriminierung

Der flächendeckende Chromosomen-Check führt mittelfristig zu einer Diskriminierung von Menschen mit Behinderung. Diese würden als vermeidbare Risiken betrachtet, ihre Eltern könnten dafür zunehmend zur Rechenschaft gezogen werden. Leistungsverweigerungen der Sozialversicherungen und Krankenkassen könnten mögliche Folgen sein.



In der Fortpflanzungsmedizin ist nicht alles ethisch vertretbar, was technisch machbar ist.

Die EVP lehnt dieses viel zu weit gehende Gesetz entschieden ab und spricht sich damit auch gegen die vom Parlament eingeschlagene Salamtaktik hin zu einer schrankenlosen Fortpflanzungsmedizin aus. «Die politischen Forderungen nach Herstellung von Retterbabys, Eizellen- und Embryonenspende sowie Leihmutterchaft stehen bereits deutlich im Raum», betont Marianne Streiff-Feller. «Dieser Entwicklung wollen wir klar Schranken setzen.»

EVP CH

Jetzt unterschreiben!

Unterschreiben Sie das Referendum gegen das Fortpflanzungsmedizinengesetz jetzt! Unterschriftenbogen können auf www.evppev.ch ausgedruckt oder beim Sekretariat der EVP Schweiz bestellt werden: Tel. 031 351 71 71, sekretariat@evppev.ch.

ZU BESUCH BEI CHRISTINE BLÄUER

Ein Herz für interkulturelle Arbeit

Ob in ihrem Verein Mosaik, im Lernfoyer oder bei sich zu Hause. Christine Bläuer hilft Menschen mit Migrationshintergrund in allen Lebenslagen und führt mit ihrem Mann und den noch zwei von vier «flügge» werdenden Kindern ein offenes Haus in Biglen.

Du selbst hast einen Migrationshintergrund und kamst als Zwölfjährige aus Afrika in die Schweiz. Gab es dabei Probleme?

Mein Vater war Missionar, und als Dschungelkind verbrachte ich viel Zeit im Urwald, war das einzige weisse Mädchen unter 1000 Schulkindern. Das damalige Leben in Kamerun mit Zwangsheiraten, Zwangsschwangerschaften und Vergewaltigungen an den Schulen belastete mich immer stärker. So drängte ich darauf, in die idyllische Schweiz zurückzukehren, die ich bei Besuchen kennengelernt hatte. Da

war er dann, der Kulturschock! In Bern ging ich in eine elitäre französischsprachige Schule, wo ich stark unter dem Spott anderer Schüler über meinen afrikanischen Akzent litt. In der Jugendgruppe, einer Freikirche und der Musik fand ich den Ausgleich zur Schule, und mit der gelungenen Grundausbildung wuchs ich zu einer fröhlichen jungen Frau heran. Lange jedoch fühlte ich mich als Fremde.

Du arbeitest ehrenamtlich bei der Fachkommission Integration in Konolfingen und bist Leiterin des Interkulturellen



Christine Bläuer (rechts) mit einer Migrantin. Bild: Corinne Obrecht / Berner Landbote

Treffpunkts (Ikut). Was bewog dich, den Verein Mosaik zu gründen?

Ich begann die Ausbildung zur Sozialbegleiterin. Für diese höhere Fachausbildung musste ich eine Anstellung vorweisen und gründete daraufhin den Verein Mosaik. Jeden Mittwoch kommen Menschen aus verschiedenen Kulturen und unterschiedlichen Alters in den Mosaiktreff. Sie kommen mit Formularen,

mit Fragen über das Leben in der Schweiz, mit Sprachschwierigkeiten oder einfach nur zum Kaffeetrinken. An zwei weiteren Halbtagen bieten wir im Lernfoyer Nachhilfe zu den Deutschkursen der Flüchtlingshilfe der Heilsarmee (Lernpunkt) an.

Du warst 2008 Mitgründerin der EVP Biglen. Wie kam es dazu?

Weil mir die biblische Werteerhaltung und die Familienthemen der EVP mit ihrer verbindenden Politik der Mitte entsprechen, fand ich es wichtig, diese Partei vor Ort präsent zu haben. Ich leite sie im Co-Präsidium mit Monika Loosli. Von den Wahlen am 29. November erhoffen wir uns einen weiteren Kommissionssitz und einige Neumitglieder.

Was gibst du den Leserinnen und Lesern mit auf den Weg?

Werden Sie EVP-Mitglied und bauen Sie Freundschaften zu Migranten auf – es lohnt sich!

Interview: Susanne Gyggax

Kirchendebatte lässt Herzen höher schlagen

Die Septembersession des Grossen Rats stand im Zeichen der Diskussion zum Verhältnis von Kirche und Staat. Der Regierungsrat legte dem Kantonsparlament einen Bericht darüber vor, wie diese bislang sehr enge Verflechtung in Zukunft aussehen könnte.

Die Debatte dauerte rekordverdächtige sieben Stunden. Besonders umstritten war, dass die Pfarrer weiterhin vom Staat bezahlt, aber neu ganz bei den Landeskirchen angestellt sein sollen. EVP-Grossrat Philippe Messerli hatte die Positionen der EVP umsichtig vorbereitet und



Philippe Messerli

sie in die Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK) eingebracht, die den Bericht vorberiet. Zusätzlich zu ihren gemeinnützigen Leistungen erfüllten die Landeskirchen Aufgaben, «die monetär nicht messbar sind», betonte er in der Eintretensdebatte. Sie leisteten einen wichtigen Beitrag «zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, zur Sinnstiftung und zum Erhalt unseres christlichen Erbes».

Viele Planungserklärungen

Von verschiedensten Seiten wurden zahlreiche Vorschläge bzw. Planungserklärungen eingebracht, die weiter gingen als die Vorschläge des Regierungsrats. So wollte eine Minderheit die Kirchensteuern für Unternehmen abschaffen. Dagegen wehrte sich EVP-Grossrat Markus Wenger, selbst Unternehmer und Mitglied des Kirchgemeinderats in Spiez:

Christliche Werte seien für die Entwicklung der Wirtschaft wichtig. «Auch wir Unternehmer profitieren von den sozial-diakonischen Leistungen der Kirche», bemerkte er.



Markus Wenger

Anerkennung für Freikirchen aufgeschoben

Bereits in der Kantonsverfassung ist vorgesehen, dass auch religiöse Gemeinschaften ausserhalb der Landeskirchen eine öffent-



Barbara Streit

lich-rechtliche Anerkennung anstreben können.

Entsprechende gesetzliche Bestimmungen dafür fehlen aber. In der Kirchendebatte forderte die EVP

darum ein Anerkennungsgesetz. Dabei gehe es den Freikirchen nicht darum, wie die Landeskirchen Steuern einziehen zu können, betonte EVP-Grossrätin Barbara Streit-Stettler. Mit dem öffentlich-rechtlichen Status werde den Landeskirchen sozusagen ein religiöses Unbedenklichkeitslabel umgehängt. Ein solches hätten auch Freikirchen verdient. Auch sie leisteten gemeinnützige Arbeit. Der EVP-Antrag wurde leider abgelehnt.

Kredit für minderjährige Asylbewerber

Trotz Flüchtlingskrise zeigte sich die SVP zum Thema Asyl äusserst hart. Für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen

Asylbewerbern (UMA) wollte sie statt jährlich 6,9 Millionen nur 3,6 Millionen Franken sprechen. Die übrigen Parteien waren sich jedoch einig, dass es unabdingbar ist, UMA in speziellen Einrichtungen zu betreuen. EVP-Grossrat Markus Wenger betonte: «Diese Kinder bleiben mit grösster Wahrscheinlichkeit hier.» Umso mehr bräuchten sie Unterstützung bei der Integration.

Erfolg für Fracking-Gegner

Breite Unterstützung fand ein Gegenvorschlag zur Stopp-Fracking-Initiative, die die umweltschädigende Gewinnung von Öl oder Gas aus Schiefergestein verbieten wollte. Das Verbot des Frackings kann dadurch



Martin Aeschlimann

im Gesetz statt in der Verfassung festgeschrieben werden. Die Initianten sind deshalb bereit, ihr Begehren zurückzuziehen. EVP-Grossrat Martin Aeschlimann, der selbst Unterschriften für die Initiative gesammelt hatte, dazu: «Statt Gas zu fördern, sollten wir mit vereinten Kräften die umweltfreundlichen Technologien besser fördern und Investitionen in Cleantech und Wertschöpfung vor Ort vornehmen.»

Barbara Streit-Stettler, Grossrätin

Gibt es bei Ihnen noch keine EVP?

Interessiert? Dann melden Sie sich bei: Lukas Zimmermann-Oswald, Projektleiter Gemeindewahlen EVP BE, lukas.zimmermann@evp-be.ch, Tel. 076 462 15 40



Es ist besser, Gott zu vertrauen, als sich auf Menschen zu verlassen.

Die Bibel: Psalm 118,8

Ich politisiere in der EVP ...

weil ich wertschätzen und pflegen möchte, was Gott mir anvertraut hat. Als Christ trage ich Verantwortung, mein Umfeld mitzugestalten und mitzuprägen. Die EVP setzt sich dabei in Wort und Tat für diejenigen Werte ein, die ich mir für die Zukunft unseres Landes wünsche – sie lässt mir aber auch Spielraum, kritisch zu hinterfragen und mir meine eigene Meinung zu bilden.

Elias Schweizer, Jugendarbeiter, Theologiestudent, Steffisburg



Aktive EVP-Sektionen

EVP neu in Aegerten-Brügg

Am 10. Oktober wurde im Beisein der Grossräte Philippe Messerli und Ruedi Löffel die EVP Aegerten-Brügg als 60. EVP-Sektion



im Kanton gegründet und der Vorstand gewählt. Präsidentin ist die Primarlehrerin Heidi Meyer, Vizepräsident der Primarlehrer Johannes Wenner, Sekretär der Pastor Christian Meyer und Kassier der Kaufmann Sujeevan Kandasamy (nicht auf dem Bild).

Benutzerfreundlicher Bahnhof

Die EVP Aegerten-Brügg beteiligt sich an einer überparteilichen Petition zu Gunsten eines rollstuhl- und kinderwagengerechten Bahnhofs Brügg. Der Zugang zu den Geleisen ist für Gehbehinderte, ältere Menschen und Leute im Rollstuhl, mit Kinderwagen oder Koffer ein grosses Problem. Die als Kindergarten- und Schulweg rege genutzte Unterführung ist wenig familientauglich. Mit der Petition an den Gemeinderat wollen die Dorfparteien den Druck auf die SBB erhöhen. Wenn nötig soll der Gemeinderat seine Kompetenz nutzen und den Planungskredit vorfinanzieren.

Asylbewerber am Stadtlauf

Am 35. Burgdorfer Stadtlauf 2015 starteten zwölf Asylsuchende der Notunterkunft Lindenfeld. Die Rot-Grün-Mitte-Parteien EVP,



Grüne und SP sponserten ihr Startgeld. Im Vorfeld des Rennens trainierten Freiwillige regel-

mässig mit den Asylsuchenden. Die drei Parteien gehen bei den Stadtratswahlen 2016 wieder eine Listenverbindung ein.

Herbstmärkt bei Sommerhitze

Einen so heissen Herbstmärkt-Tag hatte Ostermundigen bisher wohl kaum erlebt. Trotz Hitze machten viele am EVP-Stand Halt und nahmen am Wettbewerb über Planungen in der Gemeinde teil. Hauptpreise waren Gutscheine fürs Restaurant Beaulieu und die Gelateria N'ice Cream. Am



Nachmittag war auch Nationalrätin Marianne Streiff am Stand. Es wurden Kugelschreiber, Tafeln und Werbung für die National- und Ständeratswahlen verteilt.

«Stadt-Land-Leben»

Der Könizer EVP-Parlamentarier Hermann Gysel war mitbeteiligt an der Wahlfeier für Parlamentspräsident Bernhard Zaugg (EVP). Er wollte etwas Besonderes machen und war begeistert vom Zeitraffer-Kurzfilm über Bern seines Arbeitskollegen Benedetto Toscanelli – wie er Ingenieur bei Swisscom. Zusammen mit Rolf Zwahlen, Präsident der EVP Köniz und Ingenieur bei AdvalTech, realisierten sie den aufwändigen Kurzfilm «Köniz Stadt-Land-Leben». Beeindruckt davon erwarb Godi Huber, Leiter der Fachstelle Kommunikation der Gemeinde Köniz, Rechte am Film und an Bildern zur Publikation im Web. Er ist nun auf www.koeniz.ch > Aktuell > Videos zu sehen.

Event der EVP Worb

Die EVP Worb lud alle Interessierten zur Besichtigung einer besonderen Firma in der Gemeinde – der mit regionalen Schaffhaltern zusammenarbeitenden

und international für Qualität bekannten Filzfabrik Fissco AG in Enggistlen. Anschliessend nutzten manche ein gemeinsames Nachtessen im «Rössli» Richigen zur Kontaktpflege.

Dorfvielfalt erhalten und gestalten

Oberdiessbach verfügt über eine grosse landschaftliche, wirtschaftliche und soziale Vielfalt. Diese will die örtliche EVP erhalten und hat sich dazu Ziele gesetzt. Sie setzt sich ein für eine nachhaltige Landwirtschaft, die Biodiversität, die optimale Nutzung des Baulands, das Ziel eines 2000-Watt-Dorfs, die Ansiedlung kleiner, innovativer Betriebe, das Schliessen möglichst vieler regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Möglichkeit zur Grundversorgung vor Ort. Die verschiedenen Vereine, kirchlichen Kreise und sozialen Netze sollen gefördert, eine Zwei- oder Dreifach-Mehrzweckhalle bereitgestellt, die integrative Schule gefördert, die drei Altersinstitutionen erhalten und ein ganzheitliches Gesundheitszentrum anvisiert werden (www.evp-oberdiessbach.ch bietet mehr Details dazu).

Wettbewerb in Uetendorf

Auf kreative Art mit einem Wettbewerb (wo im bunten Ortsbild-Kroki steht welche/r Kandidat/in?) machte die EVP Uetendorf



der Bevölkerung ihre Kandidierenden für die Gemeindewahlen bekannt. Zu gewinnen gab's eine Fahrt auf den Niesen samt Brunch für zwei Personen.

Stand im Thuner Bälliz

In der Thuner Fussgängerzone im Bälliz standen EVP-Kandidierende der Bevölkerung Red und Antwort – mit dabei Nationalrätin Marianne Streiff und Grossratspräsident Marc Jost. Und natürlich hatte die EVP für die Standbesucher/innen auch eine kleine Überraschung bereit.

AGENDA

Frauenetzwerk

14. November 2015:
Besuch im Haus der Religionen

Ständeratswahlen und kommunale Abstimmungen

15. November 2015: 2. Wahlgang
Ständerat, lokale Abstimmungen

Kantonalvorstand

19. November 2015, 19.30 Uhr,
Nägeligasse 9, Bern:
Nomination Regierungseratzwahl vom 28. 2. 2016

Delegiertenversammlung EVP Schweiz

28. November 2015

Gemeindewahlen und kommunale Abstimmungen

29. November 2015

Frauenetzwerk

6. Januar 2016:
Drei Königinnen-Treffen

Kantonalvorstand

21. Januar 2016, 19.30 Uhr

Fokustag EVP Schweiz

23. Januar 2016

Abstimmungen und Ersatzwahlen Regierungsrat

28. Februar 2016

Delegiertenversammlung

EVP Kanton Bern
5. März 2016 in Köniz

Spendenbarometer



Nationale Wahlen 2015

Am 18. Oktober 2015 wurden National- und Ständerat neu gewählt. Die EVP kann mit Befriedigung auf ihr Resultat zurückblicken und bedankt sich bei allen, die sie als Kandidierende, mit dem Wahlzettel, persönlichem Engagement und finanziell unterstützt haben. Die definitive Schlussabrechnung fehlt noch, doch die erforderlichen Werbemittel konnten mit den eingegangenen Spenden finanziert werden. Zur Deckung der laufenden Kosten der Parteiarbeit ist die EVP jedoch weiterhin auf regelmässige Spenden angewiesen.

Ganz herzlichen Dank für Ihre vergangene und zukünftige Treue!
EVP Kanton Bern
PC 30-20312-1

«Wohl dem, der nicht wandelt im Rat der Gottlosen»

«Wohl dem, der nicht wandelt im Rat der Gottlosen.» – Wer kennt sie nicht, die in diesem Artikel in Anführungszeichen stehenden Zitate aus Psalm 1?

Als neuer Aktiver in der EVP nahm ich an verschiedenen Treffen im Seeland teil. An allen Sitzungen fühlte ich mich sofort wohl! Wieso das?

«Der ist wie ein Baum, gepflanzt an Wasserbächen.» Es ist ein Privileg, dass wir EVP-Politiker eine gemeinsame Quelle haben.

Dass wir unsere Wurzeln zum gleichen lebendigen Wasser – zu Jesus Christus – ausstrecken. Ich freue mich an jeder EVP-Person, die an vorderster Front steht und sich von der wahren Quelle nährt und tolle Arbeit leistet, «welche Frucht bringt zu seiner Zeit!»

Ich möchte nicht verurteilend sagen, dass alle anderen zum «Rat der Gottlosen und der Spötter» gehören. Viel mehr spüre ich, dass wir in den verschiedenen Räten mit unserem Enga-

gement und unserer «Lust am Gesetze des Herrn» mit Geduld und Beharrlichkeit viel Gutes bewirken können! Auch wenn von uns viel Ausdauer gefordert wird, dürfen wir wissen, «unsere Blätter verwelken nicht!» Und früher oder später «gerät es wohl!»

Und wie gehen wir mit dem Spot um, der hin und wieder um uns bläst? Auch da tröstet uns Gott mit den Worten: «Das ist Spreu, die der Wind verweht!» Der Psalm 1 beginnt mit den

positiven Worten: «Wohl dem» oder: «Glücklich ist». Was macht Sie glücklich? Es lohnt sich, sich an Gottes Wort zu orientieren!

Was Sie auch tun, «Gott kennt den Weg der Gerechten». Gott segne Sie auf Ihrem Weg!



Johannes Wenner

Johannes Wenner, Aegerten, Gemeinderatskandidat

UNTERNEHMENDE IN DER EVP

Gottfried Grogg-Meyer

Der gelernte Forstwart und Meisterlandwirt Gottfried Grogg ist Heimleiter der TWG Längmatt (www.laengmatt.ch) in Bützberg. Seit mehr als zwanzig Jahren betreut er, zusammen mit seiner Frau, EVP-Grossrätin Christine Grogg, und einem professionellen Team hilfsbedürftige Menschen.



Was fasziniert und bewegt dich?

Als Landwirt habe ich gelernt: Was ich säe, das ernte ich! Das gilt im wirtschaftlichen Bereich ebenso wie in zwischenmenschlichen Beziehungen. Jede Saat geht irgendwann auf, nichts ist sicherer als das. Darum ist dieses Prinzip zu einem Leitfaden in meinem Leben geworden. Ich investiere gerne in Menschen, meine Zeit, meine Emotionen, meine Begeisterung und manchmal auch meine Tränen. Die Ernte ist der Lohn, der «return on investment», und es zeigt sich unweigerlich, was ich gesät habe. Mitmenschen prägen, in ihnen meine Saat wachsen und Früchte tragen sehen, das ist die schönste Aufgabe im Leben. Und

ich gestehe offen, nicht immer war es eine gute Ernte, aber gerade diese Erkenntnis spornt mich an, um Verzeihung zu bitten und neu zu investieren. Und die Ernte ist ja dreifach: Das Gegenüber entwickelt sich positiv, es gibt mir Wertschätzung zurück, und gleichzeitig kann ich dabei viel lernen.

Was ist dir wichtig in der sozialen Arbeit?

Wir betreuen sieben Männer mit psychosozialen Handycaps und beschäftigen sie auf unserem Landwirtschaftsbetrieb. Im daneben liegenden Mehrfamilienhaus ist ihr Zuhause. Ein Leistungsvertrag mit der Gesundheits- und Fürsorgedirektion verpflichtet

uns zu professioneller, qualitativ guter Arbeit. Eine grosse Hilfe hierfür war für mich nebst dem zweijährigen Studium an der Hochschule für soziale Arbeit in Luzern das Studium an der Fachschule für Sozialmanagement (www.fssm.ch). Wenn wir mit und für hilfsbedürftige Menschen arbeiten, ist nur das Beste gut genug. Qualifizierte Fachleute, interdisziplinäre Zusammenarbeit, Sicherheit im Betrieb und durchdachtes Projektmanagement sind nur einige Bereiche, denen wir besondere Beachtung schenken.

Was sind deine Wünsche an die Politik?

Wir brauchen dringend Arbeitsplätze für handycapierte Menschen, Flüchtlinge und Asylanten. Es braucht Anreize für private Initianten, die gewillt sind, solche Projekte voranzutreiben. Arbeit ist ein wesentlicher Aspekt für die Genesung und Integration dieser Menschen. Wer kennt es nicht, das glückselige Gefühl, wenn ich am Abend auf das zurückschaue, was ich heute mit meinen Händen gewirkt habe.

Interview: Susanne Gygax

NACHRUUF



Rolf Blatter †
1933–2015

Am 3. Oktober verstarb alt Grossrat Rolf Blatter. Die tiefgründige, sehr persönliche Trauer- und Trostrede von Pfr. Bernhard Jungen beschrieb in ansteckender Herzlichkeit bunte Fragmente aus Rolfs reichem Leben. Wir ehemaligen Fraktionskolleginnen und -kollegen im Grossen Rat, dem er 1983–2000 angehörte, wurden durch ihn mitgeformt. Er lebte «politische Kultur» und besass den fürs politische Wirken idealen Mix aus Wissen, Erfahrungen, Gefühlen und Wertvorstellungen. Seine Voten zeugten von Dossierkenntnis. Die christlichen Werte gehörten zu seiner «Grundausrüstung». Seine sonore Stimme im reinen «Baasler Dialäkt» und die zuweilen witzige Bildersprache fanden – zu seiner Freude – oft den Weg ins Regionaljournal. Danke, lieber Rolf, ruhe in Frieden.

Johannes Schwarz

EVP-Einsatz für Minderheiten

Die Herbstsession im Wahljahr war geprägt von sehr viel Spannung, Hektik und Stress. Besonders für all jene, die ins Rampenlicht der Medien gerufen oder einfach gestellt wurden. Das traf auch für uns EVP-Nationalrätinnen, Maja Ingold und mich, zu.

Wir freuten uns aber darüber, die EVP damit vielerorts bekannt machen zu dürfen. Als Rückblick erstellen wir jeweils einen Sessionsbericht. Sie finden diesen auf meiner Website www.marianne-streiff.ch. Hier nur zwei der Themen aus dieser Session:

Endlich! Zivildienst an Schulen wird zugelassen.

Das neue Zivildienstgesetz ist unter Dach und Fach. Zivildienstleistende dürfen in Zukunft auch an Schulen eingesetzt werden. Das freut mich ganz besonders. Hat doch die EVP dies bereits

verschiedentlich auf kantonaler Ebene und ich 2013 mit einer Motion im Nationalrat eingefordert. Der Bundesrat schlug in seiner Vorlage vor, Artikel 4 des Zivildienstgesetzes so zu erweitern, dass künftig Zivildienstleistungen an Schulen möglich sind. Zivis dürfen aber die Verantwortung für den Unterricht nicht übernehmen und werden somit keine Lehrkräfte ersetzen. Der Nationalrat hat das Gesetz zuerst abgelehnt. Im Ständerat drehte jedoch der Wind. Der Entscheid in der Differenzvereinbarung im Nationalrat fiel mit 97 zu 87 Stimmen

bei fünf Enthaltungen knapp für die Zivis an den Schulen aus.

Asyl und Flüchtlinge ...

prägten einen ganzen Tag lang die Debatte im Rat. Die Asylverfahren in der Schweiz sollen beschleunigt werden. Maximal 140 Tage sollen künftig im Normalfall die Verfahren dauern. Durchgeführt werden sie in den geplanten Bundeszentren. Das ist das Ziel der Reform, die der Nationalrat nach rund zehnstündigen Beratungen beschlossen hat. Die Polemik in der Politik ist manchmal schwer auszuhalten. Es ist kaum zu glauben und unerträglich, dass die Not von Menschen ausgenutzt wird, um politisches Kapital daraus zu schlagen. Die EVP setzt hier ein Gegengewicht. Wir setzen uns



Marianne Streiff-Feller

aktiv ein für die Hilfe vor Ort, für eine faire Verteilung der Asylsuchenden in Europa und für die Unterstützung hier lebender Flüchtlinge bei der Integration in die Gesellschaft und die Arbeitswelt. Das ist für uns glaubwürdige Politik auf christlicher Basis für Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenwürde.

Marianne Streiff-Feller,
Nationalrätin

AUS DEM NATIONALRAT

EVP-Vorstösse in der Herbstsession

Erfolg beim Schwarzgeld

In der Herbstsession wurde das Postulat «Schwarzgeldabflüsse aus Entwicklungsländer» von EVP-Nationalrätin Maja Ingold mit 84:81 Stimmen angenommen. Die Abflüsse von unlauteren und un versteuerten Geldern betragen mehr als das 11-fache der Ausgaben für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit. Deshalb sind auch Länder gefordert, denen unlautere und illegale Finanzmittel zufließen. Der Bundesrat wird nun in einer Gesamtschau aufzeigen, welche Schritte er in Angriff genommen hat und wo noch Handlungsbedarf besteht.

Regulierungspraxis überprüfen

EVP-Nationalrätin Marianne Streiff griff in der Fragestunde das Thema auf, dass die Regulierungspraxis von Politik und Verwaltung jährlich unnötiger-

weise mehrere Millionen Franken verschlingt und wünschbare Innovationen beeinträchtigt. Sie erkundigte sich, ob nach dem Vorbild der Niederlande eine unabhängige Überprüfungsorganisation eingeführt werden könnte, die Regierung und Parlament darin berät, wie regulatorische Belastungen für Unternehmen, Bürger und freie Berufe minimiert werden können. Um die Stärken und Schwächen der aktuellen Institutionen zu kennen, will der Bundesrat die auf eine FDP-Motion zurückgehende laufende Evaluation der Eidgenössischen Finanzkontrolle abwarten, welche die Auswirkungen von Gesetzesvorlagen abschätzen will. Sie soll 2016 vorliegen.

Aktionsplan Suizidprävention

Laut Informationen des Bundesamtes für Gesundheit vom April 2015 gibt es für die Umsetzung

des Aktionsplans Suizidprävention kein Budget. Maja Ingold erkundigte sich darum in der Fragestunde, ob der Bundesrat Mittel dafür budgetieren will und wie der Umsetzungskalendar für den Aktionsplan aussieht. Der Bundesrat ant-

wortete, dass der Aktionsplan Suizidprävention zusammen mit den Kantonen, der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz und weiteren Akteuren in Erarbeitung ist und voraussichtlich im Herbst 2016 verabschiedet und ab 2017 umgesetzt wird.

Die EVP in Zahlen

2 Nationalrätinnen: Seit 1919 ist die EVP mit Ausnahme der Kriegsjahre mit mindestens einem und bis zu drei Sitzen im Nationalrat vertreten, aktuell mit Marianne Streiff (BE) und Maja Ingold (ZH).

17 Kantonalparteien: Ab 1917 Gründungen in rascher Folge in den Kantonen ZH, BE, SG, BS, AG, BL und SH. Später folgen die Kantone TG, SO, AR, LU, GR, SZ. Ab 1996 Expansion in die Westschweiz mit den Kantonen FR, VD, JU und GE. Die EVP hat aktuell 17 kantonale Sektionen. Zusätzlich besteht seit 2004 die Junge Evangelische Volkspartei (*jevvp).

40 Sitze in kantonalen Parlamenten: Die EVP ist zurzeit mit 40 Parlamentarierinnen und Parlamentariern in den kantonalen Legislativen vertreten.

Zu 80 % durch Mitglieder finanziert: Die Mitgliederbeiträge und Spenden bilden die Basis der Parteiarbeit.

172 Orts- und Regionalparteien verankern die EVP lokal. 230 kommunale Mandate zählt die EVP in den Gemeindeexekutiven und -parlamenten.

4513 Mitglieder engagieren sich in der EVP und geben ihr ein Gesicht.

ÉLECTIONS NATIONALES

Le PEV conserve ses sièges au National!

Comme pronostiqué lors des sondages, les élections nationales ont engendré un glissement à droite du Parlement. Contrairement aux autres partis du centre qui y ont laissé des plumes, le PEV a légèrement augmenté sa part électorale dans les grands cantons alémaniques de Zürich, Berne et Argovie.

Le PEV a ainsi pu conserver, avec Marianne Streiff (BE) et Maja Ingold (ZH), ses deux sièges au Conseil national. Marc Jost (BE) et Nik Gugger (ZH) sont les premiers viennent-ensuite.

La Conseillère nationale et présidente du parti Marianne Streiff s'est réjouie de sa réélection: «cela me montre que les électrices

et électeurs apprécient notre politique pragmatique, humaine, orientée solutions et basée sur les valeurs chrétiennes».

Dans le Canton de Berne, 4,3% soit 15 100 électeurs ont soutenu le PEV. En rapport aux élections

de 2011 (4,17%, 14 700 électeurs), ce résultat confirme la tendance à la hausse des élections du Grand Conseil de 2014. A cette occasion, le PEV avait récupéré une part des voix perdues face au PBD et vert 'libéraux lors de leur



La conseillère nationale Marianne Streiff avec la Présidente cantonale Christine Schnegg.

Part électorale du PEV par arrondissement administratif

Arrondissement	EN 2015	EN 2011
Jura bernois	4,0%	4,3%
Biel-Bienne	3,4%	2,9%
Seeland	4,0%	3,7%
Emmental	4,4%	4,9%
Haute-Argovie	4,3%	4,4%
Berne-Mittelland (y compris Berne)	3,9%	3,8%
Thoune	6,2%	5,5%
Frutigen/Bas-Simmental	6,6%	6,6%
Haut-Simmental/Gessenay	2,1%	2,2%
Interlaken/Oberhasli	3,3%	3,0%
Canton	4,3%	4,2%

première apparition électorale. Avec un taux électoral de 0,7% les candidats des Jeunes PEV ont apporté une contribution considérable au résultat global et ont même dépassé la liste des jeunes libéraux-radicaux.

Il est particulièrement réjouissant que le PEV ait amélioré sa part électorale dans cinq arrondissements administratifs. Cela est encourageant pour le futur.

Ruedi Löffel/Philippe Messerli

LA PROCRÉATION MÉDICALEMENT ASSISTÉE

Référendum du PEV

Le PEV a lancé le référendum contre la Loi sur la procréation médicalement assistée (LPMA). Il se prononce ainsi contre des tests génétiques arbitraires et la destruction d'embryons humains (voir www.fmedg-nein.ch/fr).

«Avec ce référendum nous voulons empêcher que le diagnostic préimplantatoire (DPI), et en particulier le dépistage chromosomique, ne soit utilisé de manière généralisée et arbitraire», a déclaré la présidente du Parti Évangélique Marianne Streiff-Feller.

La nouvelle loi permet le diagnostic préimplantatoire, ainsi que la

recherche d'anomalies chromosomiques de toutes sortes sur les embryons de tous les couples faisant appel à la procréation artificielle. Il serait possible que tous les embryons soient examinés avec toutes les techniques génétiques à disposition puis sélectionnés. Ce dépistage chromosomique conduit à moyen terme à la discrimination des personnes handicapées. Elles seront de plus en plus considérées comme un risque évitable et leurs parents pourraient être poussés à rendre compte de leurs choix. Il pourrait en résulter un refus de prestations des assurances sociales et des caisses maladies.

PEV CH

SESSION DU GRAND CONSEIL

Débat sur l'église

La dernière session du Grand Conseil était placée sous le signe de la discussion du rapport entre l'église et l'état.

Le Conseil-exécutif a présenté un rapport au Grand Conseil. Le fait que les pasteurs soient à l'avenir payés par l'état, mais qu'il soient engagés par l'église nationale bernoise, a été particulièrement contesté. Philippe Messerli a souligné que l'église nationale remplit, en plus des tâches d'intérêt général, d'autres prestations «non mesurables monétairement» et importante «pour la cohésion sociale, la création de sens et pour le maintien de notre héritage chrétien».

Une minorité souhaitait supprimer l'impôt ecclésiastique. Markus Wenger a protesté: «même nous, entrepreneurs, profitons des prestations sociales de l'église», et les valeurs chrétiennes sont importantes pour l'économie.

La Constitution cantonale prévoit que les communautés religieuses extérieures à l'église nationale puissent également viser une reconnaissance légale publique. Par conséquent le PEV a requis une loi générale de reconnaissance, «parce que les églises libres fournissent également des prestations d'intérêt général et qu'elles mériteraient une reconnaissance publique» a souligné Barbara Streit-Stettler. *BS*